

Dresdner Nachrichten

44. Jahrgang.

Curt Heinsius Hgl. 1870.
Dresden-N., Kurfürstenstr.,
Ecke Tietzstrasse, Fernspr.-A. II. 2100.
Mehrfährige Garantie.
1 Mal jährlich 30.000 Stück in Funktion.
Kostenfreie Probe.

Geräuschlose
Thürschliesser.
Mit doppelter Luftdichtung.
Gewalttames Schliessen schädlich.

Closets & Badeartikel
in größter Auswahl billigst!
Friedrich Gappisch
Hauptstr. 11.
DRESDEN, A. Marienstr. 11.
gegenüber 3 Ruben.
Fabrik: Fleischerplatz.

Sechste Seite
Die Nummer von Nachrichten
für die nächste Nummer erfolgt in der
Hauptstadt, Dresden, am 26. u.
27. d. M. 1899. Die Nummerung
wird am 26. u. 27. d. M. 1899.
Die Nummerung wird am 26. u. 27. d. M. 1899.
Die Nummerung wird am 26. u. 27. d. M. 1899.

R. Beyer Papier-Fabrik-Lager
Papier-Grosshandlung **Am See 16**
Bestandtes Lager aller Sorten Druck-, Schreib- u. Kanzlei-
papiere, Schulbücher, Hochdruckpapiere, Converte und
Pappen, Pergamente, Seiden- und Packpapiere aller Formate
und Rollen, sowie aller in das Fach einschlagender Artikel.
Solange Vorrat, — Billigste Preise, — Prompteste Bedienung.

Gewissenhaft,
mässige Preise.
**Patent-
Bureau Reichelt** Dresden-N.
Hauptstr. 4.
Musteranstellung
Auskunft kostenlos.
Teleph. Amt II, No. 37.

Inhaber:
Emil Reichelt,
Ing. u. Patent-Anw.

L. Weidig, Waisenhausstr. 34
Neuesten elegant garnierter Damenhüte in jeder Preislage.
Regelmässige persönliche Einkäufe und Modestudien in
Berlin und Paris.
Grosse Auswahl in Trauerhüten.

Jagdjoppen, Jagdzüge, Jagdmäntel, Jagdtaschen, Jagdrucksäcke
empfiehlt in grösster Auswahl **Jos. Fiechl** aus **Tirol, Schlossstrasse 23**, part. und I. Etage.

Mr. 267. Spiegel: Komplotzprozess in Paris. Verbrechen, Landtagswahlen. Sächsl. Turnlehrerbereinig. Rühmth. Witterung: **Dienstag, 26. September 1899.**

Mit dem 1. Oktober beginnt für die „Dresdner Nachrichten“ die
Bezugszeit auf das IV. Vierteljahr 1899.

Der Bezugspreis beträgt bei den Kaiserl. Postanstalten im Deutschen Reich **2 Mk. 75 Pfg.** (im Ausland mit entsprechendem Postzuschlag). Diejenigen **Postbezieher**, welche die Bestellung bei ihrer Postanstalt noch nicht erneuert haben, wollen dies **sofort bewirken**, damit am 1. Oktober in der Zustellung des Blattes keine Unterbrechung eintritt.

Der Bezugspreis für **Dresden** und die Vororte **Blasewitz, Plauen** und **Löbtau** beträgt bei Zustellung des Blattes durch unsere Boten **2 Mk. 50 Pfg.**

Eine Erneuerung der Bestellung seitens der bisherigen Bezieher ist nicht erforderlich, da die Zeitung ohne Unterbrechung weiter geliefert wird.

Wohnungsveränderungen
bitten wir unter genauer Angabe der alten und neuen Wohnung möglichst **schriftlich** einige Tage vorher in der unterzeichneten Hauptgeschäftsstelle oder einer der Annahmestellen zu melden.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten“
Marienstrasse 38.

Annahmestellen für Anzeigen und Bezugsbestellungen:
Grosse Klosterstrasse 35, Johannes Plessler;
Königsbrückerstr. 39, Fritz Gilbert;
Bürgerstr. 44 (Vorstadt Pieschen), Rich. Ihle;
Grunerstr. 17, Georg Wagner;
Ecke Pilsnitzer- und Abrechtsstr., Albert Kaul;
Sachsen-Allee 10, Erdmann Handorf;
Zöllnerstr. 12 (Ecke Striesenstrasse), Max Roll;
Merseburgerstr. 2 (Vorstadt Striesen), Otto Pilz;
Schäferstr. 65, Gust. Seylor;
Uhlandstr. 17, Otto Bischoff;

In **Blasewitz:** **Tolkewitzerstr. 2,** Heinr. Niebling;
In **Löbtau:** **Wilsdrufferstr. 4,** C. A. Götzke;
Reisewitzerstr. 31, Arthur Schmidt;
In **Plauen:** **Kirchstrasse 1** und **Reisewitzerstrasse 2e,** Arthur Matthaes.

Republik, die im Inneren keine „Verantwortungsfreiheit“ gewährt will, ihre Weiterentwicklung. Unter den anwesenden Angehörigen befindet sich auch Herr Dreyfus, der etwa das ist, was wir ein „verrücktes Huhn“ nennen. Er schwört Stein und Bein, dass er Republikaner vom Scheitel bis zur Sohle sei und dass es ihm niemals einfallen werde, irgend etwas gegen die republikanische Staatsform als solche zu unternehmen. Sein Krieg gilt, wie er behauptet, lediglich der korrupten parlamentarischen Republik, die er durch sein eigenes republikanisches Ideal, die „plebisitarische“ Republik, ersetzen will, wobei er allerdings nicht berücksichtigt, dass er dadurch vom parlamentarisch-republikanischen Regieren in die diktatorisch-cäsaristische Traufe kommen würde. Sanktionen des Hauptvertrages der Annelangen die Republik, und soweit diese Elemente in Frage kommen, scheint allerdings die Anklage der tatsächlichen Grösse eines Komplotts zu beweisen, das auf die Thronbesteigung des Herzogs Philipp von Orleans gerichtet war.

Die Untersuchung hat nach den Feststellungen der Anklage-Acte ergeben, dass der Herzog von Orleans schon seit längerer Zeit mit seinen Anhängern in Frankreich kühnste Pläne schmiedete. Seit war die Sache soweit gediehen, dass der Herzog 300.000 Francs zur Vertreibung in Frankreich flüchtig gemacht hatte, um die royalistische Agitation in die Hoch- und Arbeiterkreise zu tragen. Es wurde beabsichtigt, die genannten Kreise zu sozial-revolutionären Partisanen aufzuwecken, auf diesem Wege die bewährte Macht zum Einschreiten zu veranlassen und bei der Gelegenheit einen Staatsstreich zu inszenieren. Ein Brief an einen Getreuen, in dem der Herr Herzog diesen Plan entwickelt, befindet sich bei den Akten. Bezeichnend in dem Schriftstück ist, dass Herzog Philipp mit schillernder Beklemmung erklärt, die für die Durchführung des Unternehmens erforderliche Summe werde „wenigstens nicht unter“ 200.000 Francs betragen; gleich darauf aber fügt er zu seiner eigenen Herzensmeinung hinzu, sie werde „auch nicht mehr“ als 200.000 Francs ausmachen. Wer lacht da nicht? Der Herzog selbst macht aus seinen konspiratorischen Gefühlen gar kein Geheimnis. Er erklärt nämlich offen, er habe zu Beginn des Sommers in Marienbad sich dahin geäußert, dass die Zeit zum Handeln gekommen sei. Er habe auch begründete Aussicht gehabt, sein Ziel zu erreichen, und zwar mit Hilfe des Generals Gallifet, dessen Unterstützung er zuerst gewinnen zu können glaubte; schließlich habe ihm aber General Gallifet eine entscheidende Abfuhr zutommen lassen und daran sei der Plan damals gescheitert.

Hieraus nun man wohl annehmen, dass tatsächlich ein Komplotz existiert hat und daher die Einberufung des Staatsgerichtshofes keine bloße Farce ist, mit der die Regierung der Republik sich angesichts der schwierigen inneren Lage ein Ablenkungsmittel hat schaffen wollen. Jedoch bleibt es auch so noch zweifelhaft, ob die republikanische Staatsform gegenüber solchen Gegnern sich in einer wirklich ernst zu nehmenden Gefährdung befindet hat. In erster Linie kommt hier in Betracht, dass die Arbeitervereine den royalistischen Forderungen überhaupt nicht gefolgt sind. Dann ist aber auch die ganze mindereinstufige Royalisten des Hauptaufstieges, des Herzogs Philipp von Orleans, „in ihres Nichts durchbohrendem Gesichte“ gebührend zu würdigen. Herzog Philipp gehört nicht zu den Charakteren unter Semesgleichen; er hat keine tiefen Überzeugungen, sei es vom Gottesgnadentum, sei es von einer einfachen nationalen und königlichen Pflicht, die ihn fähig machen könnte, seine ganze Persönlichkeit mit Gut und Blut für die Rettung Frankreichs von seinen schweren Schicksalen einzusetzen. Nichts von alledem! An Herzog Philipp ist jeder Zoll ein eifriger grundstößiger Vokant, der nur da ernstlich ist, wo es sich für ihn um die Wahrung des höchsten dynastischen Familieninteresses, der Weltmachtberechtigung handelt. Alles Andere ist ihm im Grunde genommen Nebensache und er erscheint daher als das Urbild jener leichtfertigen Prinzen, die einen Antheil an dem Genüsse der Macht erstreben, blos um ihren Antheil an den Genüssen des Lebens zu erweitern.“ Von demselben charakteristischen und verhältnismässig unbedeutenden Schloze sind keine Anhänger, die jetzt vor den Schranken des Staatsgerichtshofes stehen. Es ist deshalb nicht gerade wahrscheinlich, dass der Ausgang des Verfahrens allzu ungünstlich sein werde, vielmehr erscheint es wohl möglich, dass das Ende mehr oder weniger dem Hornberger Schiesse ähnlich werde. Die Republik ist eben von Natur großmüthig und pflegt nur diejenigen ihrer Gegner mit voller Strenge zu treffen, die ihr wirklich gefährlich sind. Indessen ist noch eine mögliche mittelbare Folge des Komplotzprozesses in Betracht zu ziehen, und zwar in Gestalt eines staatlichen Vorgehens gegen die Klöster und Kongregationen. Von diesen ist in der letzten Zeit eine so gefährliche royalistische Agitation in Wort und Schrift ausgegangen und sie haben der royalistischen Bewegung ganz unversöhnlich so außerordentliche Geldmittel spendiert, dass selbst im Vatican dieses Treiben das höchste Missfallen erregte, weil man sich dort böser Folgen für die Hierarchie davon versch. In der That hat das Vorgehen der Klöster deren Unbeliebtheit bei den Republikanern bis zur Verabsichtung gesteigert und so dürfte es nichts Ueberrassendes haben, wenn die nächste innerweltliche Entwicklung in Frankreich sich unter dem jetzigen Gambetta's: „Der Klerikalismus ist der Feind!“ vollziehe.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 25. September.
Berlin. Die Abreise des Kaisers von Stobersdorf erfolgt heute Nachmittag 6 Uhr. — Die Ernennung des bisherigen Ministers des Innern, Freiherrn v. d. Meere, zum Oberpräsidenten der Provinz Westfalen wird heute amtlich veröffentlicht. Herr v. d. Meere wurde heute von der Kaiserin in Wiesbaden empfangen. Die Entscheidung über die Neubefugung der Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und Posen, sowie der bisherigen Regierungsvorsitzenden erfolgt nächster Tage. — Dem Vorschlag nach ist der Regierungsvorsitzende in Braunschweig v. Bethmann-Hollweg zum Oberpräsidenten von Brandenburg, der Direktor im Ministerium des Innern Dr. v. Ritter zum Oberpräsidenten von Posen bestimmt. Ritter's Nachfolger als Direktor im Ministerium des Innern soll Regierungsvorsitzender v. Lerpin in Sigmaringen werden. — In dem Schreiben, mittels dessen der Kaiser das Abischiedsgeld des bisherigen Kultusministers Dr. Hoffe genehmigt, heisst es: „Nachdem Ich Ihnen durch Erlass vom heutigen Tage die nachgeforderte Pensionierung erteilt habe, ist es Mir Bedürfnis, Ihnen noch Meinen besonderen Dank zum Ausdruck zu bringen für die hingebende Treue, mit welcher Sie in allen Jahren übertragener gemeiner Aemter des Staatsdienstes Mir und Meiner Nachfolgern an der Krone und dem Vaterlande gedient haben.“ — Die Mitteilung der „Wacht. N. N.“ über die in der letzten Sitzung des preussischen Staatsministeriums angelegentlich geäußerten Wünsche, betreffend die Stellung der politischen Beamten zum Lande der Landwirtschaft, wird offiziell als völlig unzutreffend erklärt. — Der Bundesrat stimmt in der nächsten Woche keine Beschlüsse wieder auf; dieselben ist der Entwurf einer kaiserlichen Verordnung zugeordnet, durch welche das Gesetz über die Verleihung des Bundesadels und der Verleihung gleichzeitig mit dem Bürgerlichen Gleichsache dem 1. Januar 1900 ab auf der Insel Helgoland eingeführt wird. — Der Finanzminister hat in einem Rundschreiben an die Provinzialstaatsbeamten die Abkürzung 00 für die Jahreszahl der Einrechnung der Reichs- und Provinzialbeamten im nächsten Jahr als unbedingt erklärt. — Nach dem im kaiserlichen Reichsanwaltschaftsamt zusammengestellten Nachrichten über den Stand der Reichs- und Provinzialbeamten bis Mitte September ds. J. in Deutschen Reich sind folgende Daten ermittelt worden: Kaiserlich 207, Reichs- 28, Provinzial 29, Kreis 24 und Landrats 23. — Auf dem föderalen Rathstages in Mainz erklärte der Centrumsführer Dr. Veber, die allgemeine politische Lage werde zusehends immer bedrohlicher. Im preussischen Staatsministerium gebe es einen tief einwirkenden Mann, der nichts rechtlicher wünsche, als das Centrum aus seiner ausschlaggebenden Stellung im Reichstage zu verdrängen, in der Hoffnung, daß es ihm zu gelingen werde, bei Gelegenheit der Reichstagswahlen, sowie neuer Wahlenveränderungen an maßgebender Stelle den Einwand zu erheben, daß die Komposition gegen das Centrum seien. Bezüglich seiner geschilderten Idee noch Dr. Veber: Ich unterlasse dieselbe, nachdem ich gründlich in die Spannung der politischen Lage hineingeklickt habe. Ich lässe mich im Januar in die Welt hinaus, dann aber werde bereits mancher Dorn in Berlin verhängen sein. — In einer Rede gegen die offizielle „Verl. kurz“ über die „Recht“, aus, daß das ganze Verhalten der Reichsregierung von der Einberufung der Reichstagswahlen an bis zu den Wahlen der Reichstagsbeamten eine Kette von Fehlern bilde, die durch die wiederholten offiziellen Artikel nicht wieder gut gemacht werden könnten und für welche die unmittelbaren Angehörigen der Krone eine schwere Verantwortung triffe. Das Wort „Recht“, welches sich die konservativen Partei schmerzlichen Gedanken, welche in die Verberzeugung von der Notwendigkeit des geplanten Kanalbaues nahe legen, auf die Dauer nicht verdrängen. Aber gerade durch die Wahlenveränderungen habe die Regierung von Verber die Befähigung der Krone von ihr beizubehalten, neue Wahlenveränderungen, denn sie hat den nachstehenden Verdacht erweckt, daß sie sich auf die Wirksamkeit dieser Wahlen nicht recht verläßt und deshalb zu „schleuniger“ Mitteln greifen zu müssen glosse. Sie werde weiter zu überlegen, das, wenn bei einer erneuten Verberung der Kanalveränderung die Komposition eine Meinung ändern sollten, diese Veränderungen von den übrigen Parteien lediglich als eine Folge der Wahlenveränderungen dargestellt werden und die Verber, des konservativen Partei jede Unbilligkeit abzuweisen und dadurch das Vertrauen der Wähler gegen sie zu stärken, neue Wahlenveränderungen finden werden.

Verber, in den Ländchen des Reichs und in den Provinzen sind keine Unbilligkeiten aufgetreten. Der Herr v. Veber hat in Trier, wo bis jetzt 30 Personen zum Tode verurteilt sind, in der Umgebung von Trier u. S. und so viele Fälle von Unbilligkeiten festgestellt, daß mehrere Schulen geschlossen werden mußten.

Nach dem letzten Sinn an der Erde und an den Dingen Gewissen hat zahlreiche Schicksale herbeigeführt. Am Sonntag schickten unbekante Engelhüte, die Verberungen kamen an. Außerdem sind viele Schiffe getrieben und zerstört.

Breslau. Auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik beteiligte sich auch Staatsminister Veber, v. Veber hat an den Erörterungen über die Hausindustrie; er sprach für eine wirksame Arbeiterversicherung, Versicherung und Angehörige Sozialisten der Arbeiter. Ein Beschluß wurde nicht gefasst.

Wien. Der Kaiser empfing heute Vormittag den ungarischen Ministerpräsidenten v. Szell in längerer Audienz, in welcher der Ministerpräsident über das Arbeitsprogramm des demnächst zu beginnenden ungarischen Reichstages Vortrag hielt. — Graf Leopold Thun, der Führer des verfassungstreuen Großgrundbesitzer in Böhmen, war gestern zum Kaiser nach Schöbrunn beurlaubt und verweilte dort 14 Stunden. Man kann sich nicht erinnern, daß jemals eine Persönlichkeit so lange in Audienz beim Monarchen geweilt habe, es werden deshalb weitgehende politische Schlagfolgerungen daran geknüpft. Auch Fürst Liechtenstein wurde vom Kaiser empfangen. — Aus Prag wird gemeldet, Erdmann und Wasserhagen, die angeblichen Mithandlungen Dismers, seien bereits verhaftet.

Wien. Die Blätter melden übereinstimmend, eine Lösung der Ministerkrise sei bisher nicht erfolgt. Eine eventuelle Wiffen des Fürsten Liechtenstein zur Reinerbildung wird ebenfalls vereinbart als noch keineswegs aufgegeben bezeichnet, und zwar auch von Blättern, die getrennt das Gegenteil versicherten.

Prag. Die österreichische Sozialdemokratie eröffnete hier ihren Parteitag, dem auch der deutsche Abgeordnete Frohne teil-

Komplotzprozess in Paris.

Nachdem das kleine hiesbürgische Provinzialstädtchen Nemmes durch den dort sich vollziehenden Abbruch der Drenus-Waite Wochen lang die französische Landeshauptstadt in den Schatten gestellt hatte, beizien sich die republikanischen Macht-haber, den bereits schmolzenen Kaiser eine Übergangung zu bereiten, indem sie im Palais Luxemburg, dem Sitz der ersten parlamentarischen Körperschaft der Republik, den aus den Mitgliedern des Senats gebildeten Staatsgerichtshof zusammensetzten. Der Staatsgerichtshof hat nach der französischen Verfassung dann in Tätigkeit zu treten, wenn es sich um eine Verberung der republikanischen Staatseinrichtungen, um ein Komplotz zum Sturz der Republik handelt. Hauptverhandlung und Urtheilsspruch werden geführt und gefällt von der Vollversammlung des Senats. Eine ständige Kommission, die der Senat alljährlich neu ernannt, bildet die Anklagekammer. Als Generalsstaatsanwalt und Generalverteidiger fungieren zwei richterliche Persönlichkeiten, die dem Kassationshof oder einem der Appellationshöfe angehören müssen. Die Untersuchung und die Verhandlungen vollziehen sich in voller Öffentlichkeit; über das Strafmaß wird im Plenum abgestimmt; ein Rechtsmittel gegen das Urtheil giebt es nicht. Die Stellung des Staatsgerichtshofes ist also analog derjenigen, die bei uns das Reichsgericht als erste und letzte Instanz bei der Urtheilung von solchen Hoch- und Landesvertrathsachen einnimmt, die gegen Kaiser und Reich gerichtet sind.

Seit dem Bestehen der parlamentarischen dritten Republik hat der Staatsgerichtshof außer dem jetzigen Anlaß nur ein einziges Mal Gelegenheit gehabt, in Tätigkeit zu treten: das war zu den Zeiten des drav' général Boulanger, der es aber vorzog, die gegen ihn gerichtete Prozedur nicht mit seiner Anwesenheit auszuzeichnen, sondern rechtzeitig seine nicht zum Diktator geborene Persönlichkeit über die Grenze in Sicherheit brachte. Dieses Mal liegt dem Staatsgerichtshof ob, über ein ganzes Sammelstück von „Verberungen“ abzumitteln, das sich aus allen möglichen Windrichtungen her zusammengehoben hat. Es sind Mitglieder der Klototen-Liga, der Antiklerikalen-Liga, der Royalisten-Liga und der Klerikalen-Liga, die sich brüderlich auf der Anklagebank des Staatsgerichtshofes zusammensetzen, um sich wegen eines Komplotz zur Verberung der republikanischen Staatsform zu verantworten. Gegen ein halbes Hundert Angeklagte fanden im Anfang der Untersuchung auf der schwarzen Liste. Jetzt sind aber nur noch einige 20 übrig geblieben, und auch diese werden nicht einmal alle von dem strafenden Arme des Senats erreicht werden können, weil verschiedene von ihnen Geld geboten und der unglücklichen

Triumph-Soife